



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 26. März 2014

## Aus Berlin

---

### Bundeskabinett beschließt Krankenkassenreform

Die Bundesregierung hat die Reform der Krankenkassenfinanzierung auf den Weg gebracht. Das Bundeskabinett stimmte dem Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung zu. Demnach soll zum 1. Januar 2015 der Beitragssatz von bisher 15,5 Prozent auf 14,6 Prozent sinken und hälftig auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt werden. Zudem soll der pauschale Zusatzbeitrag abgeschafft werden. Krankenkassen haben aber die Möglichkeit, einen kassenindividuellen einkommensabhängigen Zusatzbeitrag zu erheben. Der Gesetzentwurf sieht ebenfalls vor, ein unabhängiges Institut zur Qualitätssicherung im Gesundheitswesen aufzubauen. „Wir sichern einen fairen Wettbewerb zwischen den Kassen und stärken die Qualität in der Versorgung. Davon profitieren auch die Versicherten“, sagte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) anlässlich des Kabinettsbeschluss.

[Pressemitteilung des BMG, 26. März](#)

### EU-Projekt sucht Ideen zur Verbesserung der Versorgungsqualität

Das [Europäische Netzwerk für Patientensicherheit und Qualität in der Gesundheitsversorgung \(PaSQ\)](#) hat die Akteure des Gesundheitswesens aufgerufen, Maßnahmen und Ideen für eine bessere Versorgungsqualität mitzuteilen. Die Vorschläge sollen in einer europaweiten Datenbank zusammengetragen werden, um voneinander zu lernen und sie einer zunehmend interessierten (Fach-) Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Niedergelassene Ärzte und Psychotherapeuten können bewährte Praktiken aus ihrem beruflichen Alltag noch bis März 2015 melden. Unterstützung erhält das EU-Projekt vom Bundesministerium für Gesundheit.

## Aus KBV und KVen

---

### Messe der KBV in Berlin gestartet

Drei Tage lang dreht sich auf der KBVMesse vom 26. bis 28. März alles um Versorgungsinnovationen. Zu Gast am 27. März ist Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU). Die Themen Qualität, Kooperation und Diversifizierung stehen im Mittelpunkt der Veranstaltung, auf der sich über 50 Projekte präsentieren. Darüber hinaus findet eine Reihe von Kurzvorträgen, Fachforen und Podiumsdiskussionen statt.

[Programm und weitere Informationen zur Veranstaltung](#)

### KBV positioniert sich zum Koalitionsvertrag

Die Vertreterversammlung der KBV hat ihr Positionspapier zum Abschnitt Gesundheit und Pflege des Koalitionsvertrags von CDU, CSU und SPD verabschiedet. Ärzte und Psychotherapeuten

richten sich mit der Forderung nach einer Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen an die Politik. Die KBV strebt feste und kostendeckende Preise an. Zu den Kernforderungen der KBV gehören zudem die Wiederherstellung der diagnostischen und therapeutischen Freiheit und die Abschaffung der versorgungsfremden Mengensteuerung. Eine starre Zwangsregelung zur Regulierung von Wartezeiten auf Facharzttermine lehnt die KBV ab.

[Stellungnahme der KBV, 24. März](#)

### Hilfe bei Laborleistungen: KBV veröffentlicht Laborkompodium

Am 1. April 2014 tritt das neue Laborkompodium, eine Richtlinie der KBV, in Kraft. Darin befinden sich Regelungen und Hinweise zur korrekten Beauftragung und Abrechnung von Laborleistungen im ambulanten vertragsärztlichen Bereich. Das Laborkompodium richtet sich an Ärzte, die im ambulanten vertragsärztlichen Bereich Laborleistungen veranlassen oder diese durchführen, sowie an Kassenärztliche Vereinigungen, die die Abrechnung von Laboruntersuchungen beurteilen. Es enthält ergänzende Hinweise zum Kapitel 32 des Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (Laboratoriumsmedizin, Molekulargenetik und Molekularpathologie) sowie Interpretationshilfen zu einzelnen Gebührenordnungspositionen und Empfehlungen zu medizinisch sinnvoller und wirtschaftlicher Stufendiagnostik im Laborbereich. Am Freitag, den 28. März 2014 liegt das Laborkompodium dem Deutschen Ärzteblatt als CD-ROM bei (Heft 13/2014) und steht in der [Mediathek der KBV](#) zum Herunterladen zur Verfügung.

### KBV: Qualitätsindikatoren erfolgreich getestet

In einem [Pilotprojekt in der Integrierten Versorgung Gesundes Kinzigtal](#) sind die ambulanten Qualitätsindikatoren und Kennzahlen (AQUIK®) der KBV im Praxisalltag erfolgreich getestet worden. Ausgewählte Indikatoren beispielsweise zu Herzinsuffizienz, arterieller Hypertonie oder rheumatoider Arthritis wurden auf ihre Praxistauglichkeit geprüft. „Wir konnten erstmals die von uns entwickelten Prozess- und Ergebnisindikatoren anhand der Daten aus den Praxisverwaltungssystemen erfolgreich überprüfen“, bilanzierte Dr. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der KBV. Um die Daten zu erheben, wurde eine interoperable IT-Infrastruktur entwickelt. Damit konnten Daten über die AQUIK®-Indikatoren aus den Praxisverwaltungssystemen berechnet, ausgewertet und dokumentiert werden. Eine Befragung unter den teilnehmenden Ärzten ergab, dass die Mehrheit den Einsatz von Qualitätsindikatoren im Praxisalltag begrüßt. Neben der KBV waren die OptiMedis AG, die Gesundes Kinzigtal GmbH und das Medizinische Qualitätsnetz Ärzteinitiative Kinzigtal e.V. an dem Pilotprojekt beteiligt.

[Pressemitteilung der KBV, 24. März](#)

### KBV veröffentlicht Statistik zu Medizinischen Versorgungszentren

Im Durchschnitt arbeiten 6,1 Ärzte in einem Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ). Bundesweit gibt es 1.938 solcher ambulanter Einrichtungen - Tendenz steigend. Die Anzahl der MVZ insgesamt und auch die Anzahl der MVZ, bei denen ein Krankenhaus als Träger beteiligt ist, steigt stetig. Sie firmieren nahezu ausschließlich in Form der GmbH bzw. GbR. In MVZ arbeiten entweder überwiegend „angestellte Ärzten“ oder aber „Vertragsärzte und angestellte Ärzten“. MVZ, die in Trägerschaft eines Krankenhauses stehen, arbeiten nahezu ausschließlich mit angestellten Ärzten. Weitere Fakten auf dem Stand vom 31. Dezember 2012 gibt es in der aktuellen [MVZ-Statistik der KBV](#).

### KV Schleswig-Holstein warnt vor massiven Ärztemangel

Die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KV) hat einen neuen Versorgungsbericht veröffentlicht. Ein Drittel der rund 1.900 Hausärzte im Land ist 60 Jahre oder älter. Sie werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Die KV warnt in ihrem Bericht vor dem drohenden massiven Ärztemangel. Mehr als 600 Niedergelassene brauchen einen Nachfolger. Nachwuchsprobleme gebe es bei Frauenärzten, Augenärzten und Nervenärzten. Im Bericht der KV werden Maßnahmen gegen den Ärztemangel vorgestellt, wie beispielsweise die Nachwuchskampagne [„Land.Arzt.Leben!“](#). Junge Mediziner sollen mit dieser von einer Niederlassung auf dem Land überzeugt werden. Im Weiteren stellt die KV Modelle der finanziellen

Förderung von Medizinstudenten und Ärzten in Weiterbildung bis hin zum sogenannten Zweigpraxismodell vor.

[Pressemitteilung der KV Schleswig-Holstein, 24. März](#)

### **Datenschutz-Projekt der KV Rheinland-Pfalz läuft gut an**

Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit und die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Rheinland-Pfalz haben ein gemeinsames Projekt zum Datenschutz gestartet. Ärzte und Psychotherapeuten sollen mit dieser Initiative bei der Sicherung der Patientendaten in ihren Praxen unterstützt werden. Das Portal des Projektes [www.mit-sicherheit-gut-behandelt.de](http://www.mit-sicherheit-gut-behandelt.de) wurde bereits im ersten Monat knapp 2.000 Mal aufgerufen. Auf der Internetseite werden verschiedene Themenbereiche wie die Behandlungsdokumentation oder die Übermittlung von Informationen an Dritte unter datenschutzrechtlichen Aspekten behandelt. Mit einem Selbstcheck kann die IT-Sicherheit der eigenen Praxis überprüft werden. Zudem wird es Veranstaltungen zum Datenschutz und zur IT-Sicherheit geben.

[Pressemitteilung der KV Rheinland-Pfalz, 20. März](#)

[Deutsches Ärzteblatt, 21. März](#)

### **KV Bayerns erzielt Honorarplus für Vertragsärzte**

Die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KV) hat bekannt gegeben, dass es für die Hausärzte im vierten Quartal 2013 ein Honorarzuwachs um 2,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal gegeben hat. Die neuen Leistungen Geriatrie und Palliativmedizin sind in die Berechnung einbezogen. Für Kinder- und Jugendärzte in Bayern ergibt sich eine Honorarsteigerung um 2,3 Prozent. Zuzufolge des Vorsitzenden der KV, Wolfgang Krombholz, haben die Honorarverhandlungen den Vertragsärzten ein Honorarplus von insgesamt 3,08 Prozent für das Jahr 2014 beschert. Haus- und Fachärzte bekommen gleichberechtigt jeweils 19,7 Millionen Euro der Fördergelder aus dem Honorarvertrag.

[Deutsches Ärzteblatt, 24. März](#)

## **Aus den Verbänden**

---

### **BÄK gibt Tipps zu Social Media im Medizineralltag**

Die Bundesärztekammer (BÄK) hat einen Leitfaden veröffentlicht, in dem Ärzte und Medizinstudenten über den Umgang mit sozialen Netzwerken informiert werden. Zehn Fallbeispiele erläutern, was bei der Nutzung der neuen Medien zu beachten ist und wie Ärzte Konflikte mit beruflichen und ethischen Standards vorbeugen können. „Soziale Netzwerke können eine sinnvolle Ergänzung zum direkten Gespräch zwischen Arzt und Patient sein – allerdings müssen bestimmte Regeln eingehalten werden“, sagte Dr. Franz-Joseph Bartmann, Vorsitzender des Telematikausschusses der BÄK. Der Leitfaden basiert auf den Empfehlungen des 115. Deutschen Ärztetags und des Weltärztebundes.

[Pressemitteilung der BÄK, 20. März](#)

### **BDP will Mindestlohn auch für Psychotherapeuten in Ausbildung**

Der Bundesverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) hat sich dafür ausgesprochen, den von der Bundesregierung geplanten Mindestlohn auch für Psychotherapeuten in Ausbildung geltend zu machen. „Einerseits fordern wir, dass Menschen lebenslang lernen und sich ihnen bietende Bildungschancen nutzen, andererseits müssen sie dann aber erfahren, dass sie trotz ihrer Ausbildung oder ihres Studiums fast unentgeltlich als Praktikant ihren Einstieg in die Arbeitswelt finden müssen“, erklärte BDP-Präsident Prof. Michael Krämer. Viele Psychotherapeuten in Ausbildung, die mindestens ein Jahr in einer psychiatrischen Einrichtung arbeiten, bekommen häufig nur Praktikantenverträge. Deshalb soll die Bundesregierung in der Ausnahmeregelung für Praktikanten beim Mindestlohn Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung oder Akademiker nicht mit einbeziehen.

[Pressemitteilung des BDP, 24. März](#)